

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

**Stammpreis:** Vierfachjährlich 20 Pf. ohne Zusatzfragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Versprecher: Am Dippoldiswalde Str. 3. Gemeindeverbandsgirokontor Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde.

**Anzeigenpreise:** Die Inserationsgebühren 10 Pf. pro Zeile im amtlichen Teil (aus von Schleben) die Seite 200 Pf. — Ganzseitig und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sehne. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 280

Donnerstag den 1. Dezember 1921

87. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachungen.

Freitag den 2. Dezember 1921 abends 8 Uhr  
Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten  
zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

### Versteigerung harter Riegel- und Brennhölzer.

Samstagabend den 3. Dez. nachm. 3 Uhr werden im  
Sitzungsraum des Rathauses die in der Schwäbisch  
hinter dem Schießstand liegenden Riegelhölzer: 6 Birkens  
21—26 lt., 6—8 l, 4 Eichen 24—64 lt., 3—7,5 l,  
3 Erlen 25—42 lt., 6,7—8 l, 1 Esche und 1 Weißbuche  
34 und 29 lt., 7 und 3,3 l und nachm. 4 Uhr 19 im h.  
Rollen, 68 Langhausen h. Heilig meistbietend versteigert. Vor-  
herige Besichtigung an Ort und Stelle wird empfohlen.

Dippoldiswalde, den 29. Novbr. 1921. Der Stadtrat.

### Bekanntmachung.

Der nächste Versorgungs-Sprechtag in Dippoldiswalde  
findet am 8. Dezember 1921 im Gasthaus „zum Amtshof“  
in der Zeit von vorm. 8 Uhr bis nachm. 4 Uhr (Pause von  
12—1 Uhr nachm.) statt.

Pirna, den 29. November 1921.

■■■ Versorgungsamt Pirna

### Hertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Unsere städtischen Kollegen haben be-  
kanntlich eine Gewerbesteuer beschlossen und, wie andere Ge-  
meinden, auch die Landwirtschaft herangezogen. Da letzteres mit dem geltenden Landesrecht in Widerspruch steht, gehört jedesmal eine ministerielle Ausnahme-Bewilligung dazu. Dresden hat sie erhalten, "weil hier besonders drückliche Ver-  
hältnisse vorlagen". Kürzlich besaß sich der Kreisausschuss Dresden mit der Angelegenheit. Er billigte den Standpunkt des Ministeriums durchaus nicht, erwiderte vielmehr die Kreishauptmannschaft, die Besteuerung der Landwirtschaft in allen betariften Fällen zu bestreiten und es auf die Ent-  
scheidung des Ministeriums ankommen zu lassen. Infolge-  
dessen wurde das Gewerbesteuergesetz der Stadt Meißen, dem ein Gesuch um Ausnahmebewilligung beigegeben war, befehlstext, während bei Dippoldiswalde die betref-  
fende Bestimmung beansprucht werden musste, weil es an einem betariften Gesuch fehlte. — In der Be-  
ratung im Stadtverordnetenkollegium wurde auf die betref-  
fenden landestechischen Bestimmungen nicht hingewiesen.  
Wahrscheinlich hat sie niemand hier gekannt. Darauf läßt  
ja auch der Umstand schließen, daß ein entsprechendes Gesuch  
um Ausnahmebewilligung unterblieb. Jedenfalls wird das  
zunehmend sofort nachgeholt. Auf Genehmigung desselben ist  
aber durchaus nicht mit Bestimmtheit zu rechnen nach der  
Stimmung im Ministerium. Das wäre unangenehm für  
unsere Finanzen.

Lagesordnung für die 24. Stadtverordnetensitzung am  
Freitag den 2. Dezember 1921, abends 8 Uhr. A) Öffentliche  
Sitzung: Kennzeichnung von einem Dankesbriefen, von einer  
Mitteilung über Erhöhung des Gaspreises, von einer Nieder-  
schrift, Stromunterbrechung betr., von einem Schreiben  
der Eisenbahngeneraldirektion, Straßenübergang am Bahnhof  
betr., und von einer Niederschrift über die Gesamtver-  
lust beim Vereinsbank-Konkurs. — Einführung einer neuen  
Zinsberechnungsart bei der Sparkasse. — Kapitalertrags-  
steuer für übernommene Kommunal-Kreditbriefe. — Er-  
höhung des Beihilfungs- und Wäschegeleihs an den Kranken-  
hausverwalter sowie Erhöhung der Vergütung der Nach-  
wachen. — Vornahme von Baulichkeiten in der Bürger-  
schule. — Bestimmung des Wahltaages für die vorzunehmende  
Ergebnungswahl des Ratsskollegiums und nach Besinden Aufla-  
forderung zur Einziehung von Wahlvorschlägen. — B) Nicht-  
öffentliche Sitzung.

Am 1. Dezember hält der Militärverein im "Stern"-  
Saal Monatsversammlung ab. Herr Dr. Binder wird in  
dieser einen Vortrag über "Erntes und Heiteres aus dem  
Fliegerleben" halten. Beginn 8 Uhr.

Infolge der neuerdings eingetretenen außerordentlichen  
Steigerung der Preise für Betriebsstoffe, Dole, Fette und  
fettige Materialien, sowie der Erhöhung der Gehälter und

öhne sieht sich die Eisenbahn-Generaldirektion als Sächsische Kraftwagenverwaltung genötigt, vom 1. Dezember 1921 an auf ihren Linien die Personalfahrpreise auf 1 M. für einen Tariffkilometer zu erhöhen. Auf einigen Linien, bei denen besondere drückliche Verhältnisse vorliegen, wird der Fahrpreis auf 70 Pfennige für 1 Tariffkilometer erhöht. Die Gepäck- und Expressgutfrachtkosten bleiben unverändert. Der Preis der Sammelkarten für Schüler wird allgemein auf der Grundlage von 70 Pf. für 1 Tariffkilometer berechnet.

Wahrzagen ist Vertrug. Das Wahrzagen hat das Reichsgericht für Betrug erklärt in einer Entscheidung, die jetzt den Polizeibehörden mitgeteilt wird. In dem Falle hätten die Kunden des Wahrzagen selbst erklärt, daß sie sich nur einen Scherz machen wollten und dafür das Geld gegeben hätten. Sie hätten gar nicht an die Fähigkeit des Angeklagten geglaubt. Das Landgericht hatte trocken verhakt den Betrug angenommen. Auch das Reichsgericht erklärte den Tatbestand des versuchten Betruges für einwandfrei festgestellt.

Morgen Donnerstag, den 1. Dezember 1921, nachm. 2—3 Uhr Mutterberatungsfunde im hiesigen Diaconat.

Weiterleben der Seele, Wiederbelebung und andere Fragen beschäftigen die Menschen unserer Tage wie lange nicht freilich werden darüber auch die verwochensten Gedanken verbreitet. Was "christlicher Ewigkeitsglauke" hierzu sagt, wird den Inhalt des Vortrags bilden, den Herr Pastor Fischer aus Alsdorf auf Veranlassung der hiesigen christlichen Vereinigung Donnerstag den 1. Dezember abends 8 Uhr in der Reichskrone halten wird.

Tschechischer Kohlen-Rahenjammer. Der tschechische Uebermut hat wieder einmal einen gehörigen Dämpfer erhalten. Bekanntlich sind die tschechischen Kohlengroßhändler vor kurzem gegenüber Deutschland von der Mark- zur Kronenwährung übergegangen beim Verkauf der böhmischen Braunkohle, während sie für oberpfälzische Steinkohle nur Mark zahlen wollen laut einem Beschluss der Regierung. Der deutsche Widerstand hat aber den Tschechen solchen Schaden gebracht, daß der tschechische Rahmenjammer schon jetzt nach 14 Tagen laut und immer lauter wird. Das Regierungsblatt "Prager Presse" spricht bereits von einer akuten Krise unserer Baunkohlenindustrie infolge des Exportausfalls" und weist darauf hin, daß das Inland gar nicht imstande sei, die sehr bedeutende Ausfuhr nach Deutschland auch nur zum Teile zu übernehmen, da es auf ganz andere Sorten eingestellt sei. Es sei eine weitgehende Produktionsbeschränkung und damit eine Verleierung der Kohle zu befürchten. Die Werke, namentlich im Falkenauer Gebiet, seien schon lange in einer so schweren Finanzkrise, daß sie die Verträge mit den Arbeitern gekündigt haben. Die Prager Presse fordert Hilfe von der Regierung. — Für die deutschen Verbraucher gilt es nun, zusammenzuhalten und möglichst keine böhmischen Braunkohlen zu beziehen. Dann werden die Tschechen schon nachgeben. Sie haben damit schon begonnen, denn seit Freitag berechnet, wie die "Sächs.-Böhmisches Korrespondenz" ersahrt, Weinmann für Falkenauer Kohle schon wieder Markpreise.

Seifersdorf. Die hier in Dienst stehende 15jährige Erna Böhme aus Seifsen sollte am Sonnabend mit anderen Personen Schleifkohle aus der Mühle holen. Sie lag auf dem Wagen, während die anderen an der Deichsel waren. Als sie nun das zu scharf angezogene Schleifzeug löste, kam der Wagen plötzlich ins Rollen, sie fiel vom Wagen herab und dieser fuhr über sie hinweg. Dabei trug das Mädchen so schwere innere Verletzungen davon, daß sie an deren Folgen am Montag verstarb. 14

Obercarsdorf. Für Sonntag den 11. Dezember 1921 lädt der Turnverein Obercarsdorf (D.L.) zu einem Unterhaltungsaabend mit Tanz ein. Nach dem uns vorliegenden Programm wird neben turnerischen Vorführungen und Bühnenstücken ein Singspiel aufgeführt. Als sehenswerte Überraschung wird der Verein lebende Bilder stellen, wozu dem Verein indische, chinesische und japanische Originalostküme, echte Teppiche und Sidereale von einer befreundeten Dame zur Verfügung gestellt wurden. Wir wünschen Schön jetzt einen ersten guten Besuch dieses Abends, da ein etwaiger Überschuss dem Turnhallenbaufonds für die neu gebaute Turnhalle zufliest.

Kartenverkauf beginnt Sonnabend den 3. Dezember.

Allenberg. Bei der Stadtgemeinderatswahl am vergangenen Sonntag machten etwa 92% der Wahlberechtigten vom Stimmrechte Gebrauch. Es erzielten die Mehrheitssozialisten 475 Stimmen und 6 Sitze, die Liste Roach (bürgerlich) 280 Stimmen und 2 Sitze, die Liste Bauernfeind (bürgerlich) 117 Stimmen und 1 Sitz, die Unabhängigen 84 Stimmen und keinen Sitz.

Wendischcarsdorf. Bei der hiesigen Gemeinderatswahl hatten sich sämtliche Berufe auf einen Wahlvorschlag geeinigt, sodass eine Wahl nicht nötig wurde.

Hirschbach. Da in der vorgeschriebenen Zeit bis zum 27. November nur ein Wahlvorschlag für die diesjährige Gemeinderatswahl eingereicht wurde, hat sich diese dadurch erledigt und gelten damit die Vorgeschlagenen als gewählt. Den neuen Gemeinderat bilden ab 1. Januar 1922 die Gutsbesitzer Otto Pöschel und Otto Steinich, die Wirtschaftsbetreiber Robert Uhlemann und Paul Ulrich, Hausbesitzer Emil Eichhorn, Stellmachermeister Max Alengel, Oftoneum-Inspektor Kurt Schleider und Schuhmacher Otto Preisch. — Mit Ablauf dieses Jahres scheidet altershalber auf eigenen Wunsch der privatierende Stellmachermeister Ernst Hartmann aus dem Gemeinderat, dem er seit 1877 angehörte, aus. Zugleich Gemeindelassierer und Mitglied des Schulvorstands, hat er in seltener Treue und Gewissenhaftigkeit seine Amt verwaltet. Fast 50 Jahre war er erster Sprachenmeister der Gemeinde, welches Amt erst kürzlich auf seinen Enkel, Stellmachermeister Max Alengel, überging. Hartmann ist noch einer der wenigen Mittäpfer unseres Ortes aus dem Feldzug von 1870/71, wie auch der Wirtschaftsbetreiber Ernst Hillig, der gleichfalls auf eine Wiederwahl in den Gemeinderat altershalber verzichtete. Sein Amt als 2. Sprachenmeister übernahm der Wirtschaftsbetreiber Paul Ulrich. Den beiden ausscheidenden Gemeindevertretern Hartmann und Hillig wird die Gemeinde Hirschbach stets ein dankbares Gedenken für ihre Dienste zum Wohle der Gemeinde bewahren. Möge beiden ein ungetrübter Lebensabend beschieden sein!

Kreischa. Bei der Lockwitztalbahn gilt ab 1. Dezember folgender Fahrpreistarif: Fahrtpreise für Erwachsene auf der Strecke Bahnhof Niederschönitz bis Gemeindeamt Lockwitz 70 Pf. steigend bis 3 M. auf der Strecke Bahnhof Niederschönitz bis Kreischa; Monatskarten 82 bzw. 84 M. Lehrlingskarten und Schülerkarten 30 bzw. 42 M. Arbeitserwochenkarten 7 bzw. 19,50 M. Einwohnerkarten für zehn Einzelfahrten 8,30 bzw. 27 M. Lehrlings- und Schülerkarten sind Sonn- und Festtags ungültig.

Dresden. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Landtagssitzung am Dienstag stimmt das Haus zu, daß die beiden Vorlagen, die Änderung des Besoldungsgesetzes und die Neuordnung der Aufwandsentschädigung für Abgeordnete betreffend, ohne vorherige Beratung sofort an einen Elter-Ausschuss überwiesen werden. Das Haus trifft dann in die Tagesordnung ein. Auf Punkt 1 der Tagesordnung steht die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über eine Wohnungsbauabgabe. Der Entwurf sieht nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Ehebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens eine Abgabe in Höhe von 10% des jährlichen Nutzungswertes derjenigen Gebäude vor, die vor dem 1. Juli 1918 in Sachsen fertiggestellt sind. Finanzminister Helsel begründet den Entwurf. Sachsen sei verpflichtet, für das Rechnungsjahr 1921/22 mindestens 140 100 000 M. zur Förderung des Wohnungsbauens aufzubringen. Es würden pro Kopf 30 M. zu zahlen sein. Der Landtag hat aber am 17. März 1921 beschlossen, den vorgeschriebenen Betrag für Sachsen zu verdoppeln und pro Kopf 60 M. zu erheben, um eine größere Zahl Wohnungen herstellen zu können. Insgesamt würden also ausgebracht werden 280 Millionen Mark und 140 Millionen Mark, die die Gemeinden bereitstellen mühten. Die Redner der einzelnen Parteien suchten selbstverständlich ihren Interessen entsprechend irgend etwas an dem Entwurf zu deuten. Die Vorlage geht schließlich an den Rechtsausschuß. Die erste Beratung der Vorlage, den Weiterbetrieb des Kunstu- und Kalksteinwerkes Copitz durch Billigung von 2 Millionen Mark betreffend, wird rasch erledigt. Die Redner der Rechtsparteien hoben die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes hervor. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Regierung zu ersuchen, daß sie sorgen, daß die von den Freien Gewerkschaften bei den letzten Gemeindewahlen übernommene Überwachung der Wähler, die zu einer ungünstigen Wahlbeeinflussung führt, nicht wiederholt wird, führt zu einer etwas lebhafteren Debatte. Während die Rechtsparteien von einem Mißbrauch des Rechtsgesetzes sprachen, äußerte sich die Linke dahingehend, daß der Antrag völlig in sich zusammengebrochen sei. Weiterhin wurde von der Rechten gefaßt, daß es nicht zu umgehen sei würde, daß die Wahlpflicht eine gesetzliche Regelung findet. Auch die Mehrheitssozialisten waren derselben Meinung. Der Antrag ging daher an den Rechtsausschuß. Ein Antrag Müller-Chemnitz (Soz.), die Regierung zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, wonach die Disziplinarstrafen aus den Personalakten der Beamten zu streichen sind, und